

Bezugspreis: Vom 29. Sept. 30 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 29. Sept. 1923 für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Luxemburg 21 700 000 M., für das übrige Ausland 23 000 000 M. (Postbezugspreis zuzulassen).

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Stellung und Meinungen“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kreuzsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 28. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 63, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dilligons-Gesellschaft, Depotkassenstraße 1

Anzeigen-Grundpreise:
Die einzeltägige Anzeigenzeile 400 Mark, Restzeile 300 Mark.
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 120 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellungsgelde des ersten Wortes 60 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 M.
Alle Grundpreise mit Schlüsselgeld zurzeit 30 000.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschlaf, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

An die Partei!

Deutschland steht vor schwersten außen- und innenpolitischen Entscheidungen. Der passive Widerstand, den die Bevölkerung des Ruhrgebiets neun Monate lang gegen fremde Gewalt aufrechterhalten hat, mußte abgebrochen werden. Außenpolitisch steht die Reichsregierung, in der die Sozialdemokratische Partei vertreten ist, vor den Entscheidungen über die Herbeiführung vertragsmäßiger Zustände in dem besetzten Gebiet und vor der Verhandlung von Vorschlägen zur Lösung der Reparationsfrage. Innerpolitisch bereitet die Regierung Maßnahmen vor, die uns wieder zu geordneten Verhältnissen führen sollen.

Selten hat das deutsche Volk vor so schwerwiegenden Entschlüssen gestanden wie in diesen Tagen. In dieser Zeit aber, in der alle, die zu Volk und Staat halten,

alle Kräfte sammeln

mühen, um denen zu helfen, die die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Verfall bewahren wollen, sehen die Reaktionen aller Richtungen zu einem Stoß gegen die deutsche Republik an. In München, seit langem Sammelplatz aller in Nationalismus wetteifernden großdeutschen Militaristen und blauweißen Partikularisten, hat die bayerische Regierung wegen der drohenden Gefahr des Bürgerkrieges Herrn von Kahr, einen ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie, zum Generalkommissar ernannt und Verordnungen erlassen, die in die Befugnisse des Reichs eingreifen. Die Reichsregierung hat zur Wahrung von Recht und Verfassung ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat über das Reich den Belagerungszustand verhängt. Die Reichsregierung wird gegen jeden, der Ruhe und Ordnung der Republik zu stören versucht, ihre Machtmittel anwenden. Wir müssen wünschen, daß ihr das voll gelingt. Denn niemand würde die

deutsche Republik für gestiftet halten, wenn sie nicht den Beweis lieferte, daß sie derer Herr wird, die ihren Bestand gefährden.

In Bayern geben die Rechtsradikalen das Signal.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die „völkischen“ Volkserwerber auch in anderen Teilen des Reiches ihr zerschendes Werk zu beginnen versuchen. Die Parteigenossen haben diesen Bestrebungen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. In gewohnter Disziplin müssen sie bereit sein, zu folgen, wenn die Partei sie ruft. Aber auch nur, wenn die Partei sie ruft! Die Parteileitung wird in steter Fühlung mit der Reichsregierung und mit den Organisationen bleiben, die bereit sind, die Republik zu schützen. Deshalb muß

jede Sonderaktion unbedingt unterbleiben.

Jedes Gegen einanderarbeiten muß unter allen Umständen vermieden werden. Es gilt, Disziplin zu üben. Nur so wird es möglich sein, den Ansturm der Feinde des heutigen Staates abzuwehren.

Die Arbeiterklasse wird die deutsche Republik zu verteidigen wissen,

jobald der Ruf der Partei an sie ergeht. In diesem Sinne heißt die Parole: Bereit sein!

Berlin, 27. September 1923.

Der Vorstand
der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Ausnahmezustand.

Der über das Reich verhängte Ausnahmezustand ist von äußerster Strenge. Er verändert die Rechtsverhältnisse jedes einzelnen Staatsbürgers in einschneidender Weise. Es ist darum notwendig, daß sich jedermann von seiner Tragweite volle Rechenschaft gibt.

Die Rechte der persönlichen Freiheit, der Meinungsfreiheit, der Vereins- und Versammlungsfreiheit sind außer Kraft gesetzt. Verdächtige Personen können also ohne weiteres festgesetzt, Druckschriften verboten, Vereine aufgelöst, Versammlungen untersagt werden. Beschwerde dagegen ist nur an den Reichswehrminister zulässig; sie hat selbstverständlich keinerlei aufschiebende Wirkung.

Briefe können geöffnet, Ferngespräche überwacht, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen jeder Art vorgenommen werden.

Ungehorsam gegen die auf Grund der Ausnahmeverordnung erlassenen Verfügungen wird mit Gefängnis oder Geldbuße bestraft. Je nach der Schwere der Folgen, die der Ungehorsam nach sich zieht, kann die Strafe auf Zuchthaus- und Todesstrafe gesteigert werden. Zuchthausstrafe tritt schon ein, wenn die Zuwiderhandlung oder die Aufforderung zu ihr eine Gefahr für Menschenleben herbeiführt. Im Falle, daß Menschenleben tatsächlich verloren gehen, kann Todesstrafe verhängt werden.

Wenn also jemand dazu auffordert, eine verbotene Kundgebung dennoch stattfinden zu lassen, und wenn es im Gefolge dieser Kundgebung zu Zusammenstößen kommt, bei denen Menschen getötet werden, so muß sich derjenige, der die Aufforderung erlassen hat, auf die härteste Strafe gefaßt machen.

Bei einer Reihe gemeiner Verbrechen, wie Brandstiftung, Sprengattentaten, Beschädigung von Eisenbahnanlagen tritt Todesstrafe ein, wo das Gesetz lebenslängliche Zuchthausstrafe vorsieht. Dasselbe gilt auch für das Verbrechen des Hochverrats. Mit dem Tode bestraft wird, wer es unternimmt, die Verfassung des Reichs oder eines Bundesstaats gewaltfam zu ändern, Reichsgebiet loszureißen oder einem fremden Staat einzuverleihen. Von ihr wird nur dann abgesehen, wenn das erkennende Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligt.

Das Gleiche gilt für das Verbrechen des Landesverrats. Die Verbreitung von Nachrichten, deren Geheimhaltung im Staatsinteresse notwendig ist, kann mit dem Tode bestraft werden. Ebenso die führende Teilnahme an Zusammenrottungen, bei denen den Behörden gewaltfamer Widerstand geleistet oder gegen Personen oder Sachen gewaltfam vorgegangen ist. (Z. B. also Räubersführer bei den Plünderungen von Lebensmittelgeschäften usw.)

Diese Bestimmungen sind von so außerordentlicher Schärfe, daß es rätlich sein wird, beizeiten eine Nachprüfung im einzelnen stattfinden zu lassen. Solange das nicht geschieht — aber auch nachher — muß den zu bildenden außerordentlichen Gerichten eine solche Zusammenfügung gegeben werden, daß neben den Gründen der Staatsräson auch die der Menschlichkeit bei der Urteilsfindung zur Geltung kommen.

Auf alle Fälle ist es notwendig, daß jedermann weiß, welches Risiko er läuft, wenn er aus Unkenntnis oder aus leidenschaftlicher Ueberzeugung den Befehlen und der neuen Verordnung zuwiderhandelt.

Eine Ausnahmeverordnung wie diese kann nur durch einen alleräußersten Notfallstand gerechtfertigt werden. Es kann aber gar kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Notfallstand tatsächlich eingetreten ist. Ein Schließenlassen der Türen könnte jetzt den totalen Zusammenbruch der Republik und den Tod ungezählter Menschen durch blutige Ereignisse oder durch Stocken der Lebensmittelfuhr zur Folge haben. Es ist die Pflicht der Reichsregierung, solche einschneidende, gerade auch für die Massen der arbeitenden Bevölkerung entsetzliche, Eventualitäten zu verhindern. Sobald der gegenwärtige Notfall beseitigt, die schwerste Gefahr beschworen ist, wird die Sozialdemokratische Partei die erste sein, die auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung und auf Wiederkehr zu normalen gesetzlichen Zuständen drängen wird.

Einstweilen darf man hoffen, daß die außerordentlichen Maßnahmen der Reichsregierung ausreichen werden, um Rechtsputz, Reichszurecht und Bürgerkrieg zu verhindern und damit im Innern einen Zustand zu erhalten, der nach außen hin die geordnete Führung der Verhandlungen über Rhein, Ruhr und Reparationen gestattet wird. Kommen wir so, ohne eine alleräußerste Katastrophe, über die äußere und innere Krise des Reiches hinweg, so wird das Opfer, das jetzt jeder Staatsbürger an seiner staatsbürgerlichen Bewegungsfreiheit bringen muß, nicht umsonst gebracht sein.

Auch die Reichsregierung ist sich zweifellos vollkommen klar darüber, daß das schwierige Werk nur dann gelingen kann, wenn es gelingt, die Produktion und die Güterzirkulation zwischen Stadt und Land in Gang zu halten oder, wo sie zu stocken droht, wieder in Gang zu bringen. Zu diesem

Ruhe in München.

München, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Abend ist bisher ohne jede Ruhebrechung verlaufen. Riesenplatae in allen Straßen verläuden das Verbot der 14 ungelegten nationalsozialistischen Versammlungen. Das Verbot ist befolgt worden, keine der Versammlungen hat stattgefunden. Die Eingänge der Lokale werden von Schutzpolizei bewacht, der Eintritt wird nicht gestattet, aber auch nur selten gejagt. Schutzpolizei durchfährt mit Lautlos die Straßen, die stark belebt sind. Sie und da machen sich kleine Trupps junger Leute bemerkbar, die schwarzweiße Fahnen vorantreiben. Zusammenstöße sind nicht erfolgt. Nach den großsprecherischen Ankündigungen der nationalsozialistischen Partei bedeutet dieser Verlauf des Abends für sie ein totales Fiasko.

München, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Verlauf des Donnerstags war in München allgemein ruhig. Die Reichswehr und Polizei hat die Gebäude der Behörden stark gesichert. Abends waren die Straßen lebhaft bevölkert, ohne daß es bisher zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre. Die Anhänger Hitlers machten bis jetzt keinen Versuch, die 14 Versammlungen trotz des Verbots abzuhalten.

München, 27. September. 1/2 12 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Die Ruhe und Ordnung ist nicht gestört worden. Die Straßen zeigen heute abend ein kaum verändertes Bild. Um 8 Uhr sammelten sich vor den Lokalen, in denen die (verbotenen) Hitler-Versammlungen stattfinden sollten, Leute an, die sich bald wieder zerstreuten. Einige Abteilungen der Hitler-Truppen zogen singend durch die Stadt. Vor der Druckerei, in der der „Völkische Beobachter“ hergestellt wird, stand eine größere Menschenmenge, die nach Hitler rief. Nach einiger Zeit erschien er am Fenster und sagte ungefähr: Die Ungehobenen unter euch mögen sich noch ein paar Tage gedulden. Es wird sich dann zeigen, ob unsere Fahne steigt oder die des Bolschewismus (!). Wir werden unseren Sieg nach Berlin tragen.

Worauf die Gemeinde befriedigt ins Bräu ging.

Hitler ist beleidigt.

München, 27. Sept. (Gca.) Ueber die Stellung der vaterländischen Kampferbände zum Generalkommissar unterrichtet ein Schreiben Hitlers an Herrn v. Kahr. Es heißt darin: „Die Stellungnahme des Deutschen völkischen Kampfbundes zu den großen Fragen der Zeit ist in seiner Kundgebung vom 1. und 2. September aus Nürnberg niedergelegt. Unsere Stellungnahme zum Generalkommissar ist abhängig von der Haltung, die dieser uns gegenüber einnimmt. Wir stellen fest, daß die Ernennung des Generalkommissars ohne Fühlungnahme mit den Deutschen Kampferbänden erfolgt ist.“

Aufruf der bayerischen Sozialdemokratie.

München, 27. September. (S.B.) Die „Münchener Post“ veröffentlicht einen Aufruf des Landesauschusses der Vereinigten

Sozialdemokratischen Partei Bayerns, in dem die Parteigenossen ermahnt werden, im Falle, daß es erforderlich ist, mit aller Kraft für die Republik, für die Verfassung und für die jetzt geltenden Arbeiter- und Beamtenrechte einzutreten. Ein Einsitzen ihrer Kraft zur Abwehr dürfe nur organisiert und nur nach den Weisungen der verantwortlichen Vertrauensleute erfolgen. Der Aufruf schließt: Seid bereit, behaltet kühlen Verstand, bewahrt strengste Disziplin, schützt das Reich!

Die Nürnberger Parteioffiziere dröhelt uns: In Nürnberg ist alles ruhig. Erste Leute sehen keinen Anlaß zu Befürchtungen in den nächsten Tagen. Nach unseren Informationen wird das gleiche für München zutreffen, trotz pessimistischer Auffassungen, die wohl begründet sind.

Ein bayerischer Kommentar.

München, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) In einem offiziellen Kommentar der „Bayerischen Staatszeitung“ heißt es: „Der Name Kahr bedeutet seit langem schon einen Mittel- und Sammelplatz für die vaterländisch gesinnten Kreise in Bayern, die gewillt sind, auf dem Boden des Rechts und der Verfassung zu bleiben, die rechtmäßige national gerichtete Regierung im Kampf gegen Gewalt und Umsturz, von woher immer er kommt, zu unterstützen und ihr zur Erreichung der Ziele, die Gemeinut aller vaterländisch Gerichtet sind, zu helfen. Man braucht nicht des Glaubens zu sein, daß heute der 7. November 1918 sei, daß morgen oder in den nächsten Tagen schon entfesselte Leidenschaften zu unüberlegten Taten und Putsch führen müßten. Aber eine Regierung, die regieren und vorsehen will, kann nicht warten, bis drohende Gefahren Ereignisse geworden sind und in ihrer Entwicklung über Regierungsschlüsse hinweggehen. Die bayerische Staatsregierung hat mit ihren Maßnahmen dem Volke bewiesen, daß sie von der festen Absicht beseelt ist, allen Gefahren für Ordnung und Sicherheit in Bayern, für den Bestand des Staates und des Reiches mit allen ihr zur Verfügung stehenden Nachtmitteln entgegenzutreten.“

Die Mark in New York.

Die gestrige New Yorker Marknotierung stimmt mit dem Berliner amtlichen Kurs ungefähr überein: 1 Dollar Geld 147,029, Brief 142,857 Millionen Mark.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt gegen den Schriftsteller Theodor Fritsch, den Herausgeber der Zeitschrift „Hammer“, Leipzig, wegen öffentlicher Beschimpfung des Reichsministers Rathenau durch die Broschüre „Anti-Rathenau“ und mehrere Artikel des „Hammer“. Der Angeklagte wurde zu vier Monaten Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beriet am Mittwoch und Donnerstag abend die Währungsfrage. Die Debatte soll am Freitag fortgesetzt werden.

Zweck werden auch auf wirtschaftlichem Gebiet Maßnahmen von diktatorischer Schärfe notwendig sein.

Was das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten betrifft, so liegt es in der Natur der Sache, daß sich eben auch die Einzelstaaten, wie die Einzelbürger, vorübergehende Einschränkungen ihrer Machtvollkommenheiten gefallen lassen müssen. Wir hegen die Zuversicht, daß diese Notwendigkeit überall, wo die Staatsregierungen unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, ohne weiteres anerkannt werden wird. Das Hauptproblem im Verhältnis zwischen Reich und Staat ist jetzt das bayerische. Da wird viel davon abhängen, welche Beispiele aus den anderen Einzelstaaten auf Bayern hinüberwirken werden.

Die Ausnahmeverordnung ist erlassen worden zum Schutz gegen den drohenden Rechtsputsch. Aber natürlich kann sie nur allgemeine Bestimmungen enthalten, sie kann nicht der einen Seite gestatten, was sie der anderen verbietet. Damit werden auch die Kommunisten rechnen müssen und diejenigen Arbeiter, die ihren Parolen blind nachgelaufen sind.

Wenn die Regierung gezwungen ist, gegen den drohenden Umsturz von rechts Maßnahmen von drakonischer Strenge zu ergreifen, so kann sie nicht zugleich — das sollte jedermann einsehen — den Kommunisten gestatten, daß sie zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung durch den Generalstreik aufrufen und bei ihren Anhängern den Ansehens herporrufen, als wollten sie morgen oder übermorgen in gewalttätigem Sturm gegen die bestehende republikanische Staatsordnung anretmen. In Wirklichkeit wissen ja die Kommunisten selber sehr genau, daß für derartige Gewaltexperimente kein Augenblick unglücklicher gewählt sein könnte als der gegenwärtige. Mögen sie im Parlament gegen die Ausnahmeverordnung protestieren, das ist ihr gutes Recht, aber mögen sie auch so viel Verstand und Achtung vor dem Menschenleben beweisen, daß sie jetzt Handlungen unterlassen, die entsetzliches Unglück anrichten, sonst aber nur der äußersten Reaktion von Nutzen sein können.

Diese Stunde verlangt mehr als jede andere eine geschlossene Disziplin der gesamten Arbeiterbewegung. Die Republik steht im schwersten Abwehrkampf, der in erster Linie von den berufenen Organen des Staates zu führen ist. Jeder Augenblick kann ein Nachrückender der Reserve notwendig machen, bis dahin aber liegt in jedem Vordringen, in jeder topflos überreichten Aktion die allergrößte Gefahr. Der Aufruf des Parteivorstandes, den wir an anderer Stelle veröffentlichten, spricht eine deutliche Sprache. Möge sie von den Massen verstanden werden!

Die Militärbefehlshaber.

Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen:

- General v. Dassel für den Bezirk des Wehrkreises 1 (Ostpreußen, Westpreußen);
- General v. Tschischwitz für den Bezirk des Wehrkreises 2 (Pommern, Schleswig-Holstein, Grenzmark Westpreußen, Medienburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, oldenburgischer Landesteil Eutin, Groß-Hamburg, Lübeck);
- General v. Horn für den Bezirk des Wehrkreises 3 (Brandenburg mit Berlin, Nieder-Schlesien, Oberschlesien, Grenzmark Posen);
- General Müller für den Bezirk des Wehrkreises 4 (Sachsen, ohne den Regierungsbezirk Erfurt, Sachsen-Anhalt, braunschweigischer Landesteil Calvörde);
- General Reinhardt für den Bezirk des Wehrkreises 5 (Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Erfurt, Hessen, Thüringen, Waldeck, Württemberg, Baden);
- General v. Hoffberg für den Bezirk des Wehrkreises 6 (Sachsen, unbekanntes Westfalen, unbekanntes Rheinland, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe);

General v. Hoffberg für den Bezirk des Wehrkreises 7 (Bayern).

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister zu Regierungskommissaren ernannt:

- Dr. Siehr, Oberpräsident für das Gebiet des Wehrkreises 1; Hartwig, Mitglied des Landtages (Soz.), für den Bezirk des Wehrkreises 2;
- Richter, Polizeipräsident, für den Bezirk des Wehrkreises 3;
- Gronowski, Oberpräsident, für den Bezirk des Wehrkreises 6.

Bedenken in Sachsen.

Dresden, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesinstanzen und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben am Donnerstag folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Reichsregierung hat den Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen richtet sich diese Aktion gegen alle Bestrebungen, die sich gegen den Bestand des Reiches und der Republik aus Anlaß der Beendigung des Ruhrkampfes wenden. Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit für die Einheit des Reiches und für die Erhaltung der Republik ein. Sie kämpft daher auch gegen alle separatistischen Bestrebungen.

Von dem Ausnahmezustand ist auch Sachsen betroffen. Landesarbeitsausschuss und Fraktion sind sich einig, daß die sächsische Regierung die Gewähr dafür bietet, daß die Republik erhalten und Ruhe und Ordnung gewährleistet werden. Sie sind daher der Auffassung, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes über Sachsen nicht erforderlich war. Die Bedenken gegen diese Handlung werden noch dadurch gestärkt, daß die vollziehende Gewalt in Sachsen ausschließlich der Reichswehr übertragen worden ist, während für Preußen ein Zivilkommissar ernannt wurde. (Reben dem Militärbefehlshaber!) Die bezeichneten Parteinstanzen fordern daher, daß auch für Sachsen ein Zivilkommissar bestimmt und dieser Posten mit einem Mitglied der sächsischen Regierung besetzt wird. Landesarbeitsausschüsse und Fraktionsvorstand werden daher beauftragt, sofort und mit allem Nachdruck auf die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen hinzuwirken.

Der Landesarbeitsausschuss und die Fraktion halten es für ihre Pflicht, die Parteigenossen auf den bitteren Ernst der politischen Situation aufmerksam zu machen. Wenn auch die Reichsregierung die Republik durch die Verhängung des Belagerungszustandes zu sichern gedenkt, so darf doch nicht verkannt werden, daß trotz alledem die Gefahr für die Republik so groß ist, daß sie größte Wachsamkeit und entschlossensten Kampfeswillen der Arbeiterschaft erfordert. Ausdrücklich muß betont werden, daß unter dieser Situation die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei von größter Bedeutung sein wird. In diesem Kampf muß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die Führung haben. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen nur den Parolen der Partei folgen.“

Der Bezirksausschuss Sachsens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schloß sich dieser Erklärung an.

Es ist sehr begreiflich, daß viele unserer Parteigenossen — und mit ihnen die sächsischen Parteinstanzen — nur mit Misstrauen die Vollzugsgewalt in die Hände der Militärs übergehen lassen. Diese Genossen verkennen dabei jedoch, daß dieser Weg rechtmäßig und verfassungsrechtlich die einzige Möglichkeit gibt, Herrn v. Kahr unter der Oberhoheit der Reichsregierung zu stellen, von der der militärische Befehlshaber seine Befehle erhält.

Hausdurchsuchung bei der völkischen Freiheitspartei. Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern fand am Donnerstag eine Durchsuchung in den Räumen der ehemaligen „Deutschnationalen Freiheitspartei“ statt. Es bestand nämlich der dringende Verdacht des heimlichen Fortbestandes dieser Partei. Während der Hausdurchsuchung hat der deutschvölkische Abgeordnete v. Graefe den Reichstagspräsidenten um Schutz der ihm telephonisch zugefagt wurde. Die Hausdurchsuchung ergab kein belastendes Material.

Es ist ein großer Nachteil, daß man nicht feststellen kann, wieviel Prozent der deutschen Bevölkerung sich an der Inflation und ihren Erscheinungen bereichern; teils wider Willen und mitgetrieben, teils bewußt und spekulativ. Zwischen diesen beiden Gruppen muß man unterscheiden. Die einen heulen mit den Inflationshyänen, weil sie sonst zugrunde gingen, die anderen sind die Inflationshyänen. Die einen verlieren in der Panik die Moral und sind allenfalls entschuldigbar, die anderen verstärken die Panik, um an ihr zu verdienen. Die einen sind nur die kleinen Mäuser und Verführer. Die anderen sind die großen Rädesführer, die verwegenen Kondottieri der Währungszerstörung, die bei der Atomisierung des Geldes ungeheure Energiequellen — Substanzen — in ihre Speicher leiten. Das Unglück einer Nation als Geschäft — der Kriegsgewinner, der Inflationstraffe: dies ist eines der heikelsten, verschwiegene Kapitel der öffentlichen Moral. Es gibt Situationen, in denen der menschliche Charakter notwendig versagt, die eine grausame *saave-qui-peut*-Einstimmung weden. — Situationen, denen nur Heroen an Charakter, aber nicht Menschen gewachsen sind. Dies ist die Ursache, warum gerade die Katastrophenzeiten eines Landes, die an den menschlichen Heroismus und die Charakterfestigkeit die größten Anforderungen stellen, zumeist voll Niedertracht sind.

Ein Land ohne Währung — eine S. G. Wessische Phantastie! Ein Zustand voll überraschender paradoxer und grotesker Seiten. Wo ist in diesem atomisierenden rasenden Weltlauf einer lebenden Währung und der ihr nachstürmenden Papierslut das Ziel? Wo ist die mathematische Größe, die dieser unfassbare Begriff zum Stillstand bringt? An welche Zahlenbilder werden wir uns nach gewöhnen müssen? Welche Größen jenseits der Mathematik wird sich unsere Wirtschaft noch erobern? Das Grauenregende ist, daß in dem entseelten Hegeneimaleins die Festsetzung: etwa 1 = 1 Million sofort über den Hausen geworfen würde, weil die Million allseitig sich geheimnisvoll aufbläht zur Milliarde. Das Schauspiel, daß der Mensch den Naturgewalten gegenüber machtlos ist wie ein Kind, hat uns durch uralte Gewöhnung schon so abgestumpft, daß wir vor ihm kaum mehr Respekt empfinden. Run lernen wir einen neuen Schauer: den vor einem Werkzeug des Menschen, das seinen Händen entgilt und als eine ineffiziente Tochter der Natur einhertritt auf der eigenen Spur. Run lernen wir auch den Schauer vor unserer Hilflosigkeit gegenüber einer der stolzesten Erfindungen und Schöpfungen des Menschen: dem Gelde. Wir wollen dieser Hilflosigkeit den Respekt nicht verweigern, damit die menschliche Gemeinschaft endlich das, was sie schuf, auch meistern lerne! H. R.

Tanzabende. Im Blüthenaal veranstaltet am 29. Sept., abends 7½ Uhr, Claudia Bissatzenko mit ihrem Ensemble unter Leitung von Anna Kere einen plattischen Balletabend. — Anita Berger und ihr Partner Sebastian v. Dese tanzen im Blüthenaal am 2. Oktober „Tänze des Grauens und der Gefahr“.

Die Steuerveranlagung.

Multiplikator = 30 000.

Am 5. Oktober haben diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Einkommensteuer auf Grund einer Veranlagung entrichten, die Steuern für die Monate Oktober, November und Dezember zu bezahlen. Nach den geltenden Bestimmungen hat der Reichsfinanzminister den Multiplikator dafür festzusetzen. Der Multiplikator betrug bisher das 400fache, er ist jetzt auf das 30000fache festgesetzt worden. Damit ist die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen voll aufgewertet. Außer dieser aufgewerteten Einkommensteuer ist dann am 5. Oktober das Doppelte dieses Betrages als Rhein-Ruhr-Abgabe zu leisten.

Um die glatte Entrichtung der Steuern auch denjenigen Steuerpflichtigen zu ermöglichen, die im Augenblick unter einer Knappheit an Zahlungsmitteln oder an sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden, wird der Reichsfinanzminister auf Grund des Steuergesetzes gleichzeitig bestimmen, daß spätere Zahlungen dann zulässig sind, wenn an dem Zahlungstage derselbe Goldmarkbetrag entrichtet wird, den die Steuerleistung am 5. Oktober zu betragen hätte. Diese Regelung ermöglicht den einzelnen Steuerpflichtigen die Wahl des Zahlungstermines innerhalb einer noch festzusetzenden Frist, schützt das Reich aber vor der Entwertung der Steuerleistung und entzieht damit denjenigen Steuerpflichtigen den Anreiz zur verspäteten Zahlung, die bisher in der Erwartung der Entwertung der Mark ihre Steuern nicht rechtzeitig entrichteten.

Generalstreikheke im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Agitation der Kommunistischen Partei setzte am Donnerstag mit aller Kraft ein. Es wurden Flugblätter verteilt, die von der kommunistischen Zentrale in Berlin stammen, aber von der Bezirksleitung der KPD, Bezirk Ruhrgebiet, unterzeichnet waren. In dem Flugblatt wendeten sich die Kommunisten gegen den Abbruch des passiven Widerstandes und gegen die Regierung Streikmann-Hilferding, der sie den Vorwurf machen, daß sie die Ruhrarbeiterchaft an den internationalen Kapitalismus verschähere. Das Flugblatt fordert zu Demonstrationen und zu einem 24stündigen Generalstreik für Donnerstag aus. Um die Forderung durchzusetzen, verhinderten die Kommunisten die Arbeiter am Betreten der Betriebe. Hirt und da wurden auch Belegschaften aus den Werkstätten und Betrieben herausgeholt. Dieses Vorgehen erinnert lebhaft an die Vorkommnisse im Winter 1918/19. Infolge des Vorgehens der Kommunisten und infolge ihrer Drohungen ruhte die Arbeit fast überall. Cogen Wittig sondete im Landkreise Essen, Gelsenkirchen und Dortmund Demonstrationsveranstaltungen und Demonstrationen ab. In Kottbusen, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Röhlinghausen, Wanne und Eisel war die Beteiligung beträchtlich. Sie betrug in der Stadt Gelsenkirchen z. B. 6000 bis 7000 Personen. Auf der Wiese hielt der bekannte Agitator Hammer von der Gelsenkirchener Union eine Ansprache an die Versammlung. Auffällig war, daß er weniger den weiteren passiven Widerstand als den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung betonte. Der größte Teil der Teilnehmer waren Arbeitslose. Das Gelsenkirchener Gewerkschaftsamt berief unverzüglich eine Sitzung ein, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die kommunistischen Vertreter hatten einen Dringlichkeitsantrag mit den bekannten kommunistischen Forderungen eingebracht. Der Vorsitzende des Amtes weigerte sich, über den Antrag abstimmen zu lassen. Es kam deshalb zu einer stürmischen Szene. Die Kommunisten brauchten für ihre Agitation die Behauptung, daß die Berliner Spitzengewerkschaften den passiven Widerstand noch nicht abgeblasen haben. Da Regierung und Gewerkschaften zweierlei seien, hätten die Gewerkschaften noch nicht gesprochen. Deshalb müßte der passive Widerstand mit aller Kraft weitergeführt werden.

„Kunst und Lüge“.

Ein neues Werk von Anatole France, „Die Blütezeit des Lebens“, ist in deutscher Uebersetzung bei Kurt Wolff in München erschienen. Anatole France, der gültig-ironische Weise, setzt mit diesem Buche seine künstlerisch angelegte Autobiographie fort. Zwanglos und ohne die Durchdringung der Kindheitsdarstellung im „Kleinen Peter“ bringt er hier Skizzen aus der Jünglingszeit. Die große Klugheit eines Orestes spricht aus jeder Zeile, und Gölle und Steffis mischen sich dazwischen, daß man mit Andacht diese „Nichtigkeiten“ aufnimmt. Einer Generation, die glaubt, erst einmal ihre Väter literarisch ermorden zu müssen, sei dieser freiesie aller lebenden Schriftsteller zur Lektüre empfohlen: sie wird vielleicht ein wenig beschämt sein, mit welcher Ehrfurcht dieser Mann seinen Jüngling Peter vor seinen Eltern und den Vätern, die an seiner Erziehung Anteil hatten, sprechen läßt.

Das Schönste und Geistigste des Buches ist das Nachwort, in dem France über die Mischung von Dichtung und Wahrheit in dieser seiner Selbstbiographie Rechenschaft gibt. Die Schlussätze seien zitiert, da sie die Lebens- und Kunstanschauung dieses vom Leben Abschied Nehmenden in nuce enthalten: „Bin ich jener Wahrheit, die ich lebensschaffend liebe, immer treu geblieben? Soeben räthte ich mich dessen. Nach reiflicher Ueberlegung möchte ich keinen Eid darauf leisten. In diesen Erzählungen ist nicht viel von Kunst zu finden, aber vielleicht hat sich doch ein wenig davon eingeschlichen; und Kunst heißt künstlich anordnen, Verflechtung, Lüge. Es ist fraglich, ob sich die menschliche Sprache vollkommen zum Ausdruck der Wahrheit eignet; sie ist aus dem Schrei des Tieres entstanden und bewahrt dessen Charakter; sie bringt Gefühle, Leidenschaften, Bedürfnisse, Freude und Schmerz, Hoff und Liebe zum Ausdruck. Sie ist aber nicht dazu angetan, die Wahrheit zu sagen. In der Seele des wilden Tieres gibt es keine Wahrheit; sie ist auch in unserer Seele nicht vorhanden, und die Metaphysiker, die darüber geschrieben haben, sind Phantasten. Alles, was ich sagen kann, ist, daß ich aufrichtig war. Ich wiederhole: ich liebe die Wahrheit. Ich glaube, daß die Menschheit ihrer bedarf; aber sicherlich bedarf sie noch weit mehr der Lüge, die ihr schmeichelt, sie tröstet und ihr unendliche Hoffnungen gibt. Ohne die Lüge ginge sie in Verzweiflung und Langeweile zugrunde.“

Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß eine Seite solcher schlichten Prosa ganze Wagenladungen moderner Sprachverrenkungen aufwiegt. D. E. S.

Internationale Wolkenwoche. Um genaue Wolkentarten des westlichen Europa zu erhalten, wird vom französischen meteorologischen Dienst eine „Internationale Wolkenwoche“ veranstaltet, während deren freiwillige Photographen in England und Frankreich den Himmel dreimal täglich um 7 Uhr morgens, 1 Uhr mittags und 7 Uhr abends photographieren. Es haben sich 160 Leute in England und 100 in Frankreich dazu bereit erklärt. Die Wolkentypographien werden dann an das Bureau des französischen meteorologischen Dienstes gesandt und dort in große Karten eingetragen. Man hofft auf diese Weise Zusammenhänge zwischen den Wolkensformen und den atmosphärischen Bedingungen zu erkennen.

Ein Kuno-Holz-Abend findet am 2. Okt. abends 8 Uhr, als zweite Winterveranstaltung der Berliner Old-Fellow-Logen im Schwanen-Saal statt. Mitwirkende: Ute Meyer und Alfred Ad. Meyer.

Zerstörtes Geld.

Wir sind nicht der Meinung, daß das Geld das höchste Gut der Nation ist, aber wir sind der Ueberzeugung, daß das Geld die Voraussetzung und die Bedingung ist für die höchsten Güter der Nation.

Wer die Währung seines Landes zerstört, zerstört dessen gute wirtschaftliche Sitten. Neben der Reizung, aus dem allgemeinen Kula Profit zu ziehen, entsteht eine Art bewußt-unbewußter Spekulation, indem man den Wert der Sachgüter auf Grund einer fremden Währung festsetzt, indem man die Arbeitsleistung, die doch an der Entstehung und dem Kreislauf dieser Güter beteiligt ist, mit der zerstörten Währung ablohnt.

Solange das Geld als Wertmesser funktioniert, tritt dessen herrschender Charakter wohltuend in den Hintergrund. Der Mensch ist der peinlichen, niederdrückenden, zersetzenden Vorstellung überhoben, daß er, daß sein geistiges Leben letzten Endes abhängig sind von den Mächten des Geldes. Der motorische Charakter des Geldes liegt innerst verschlossen in allem menschlichen Tun, verwandt dem Hunger und der Liebe. Es ist eine der höchsten Errungenschaften der Zivilisation, so zu tun, als ob der Mensch unabhängig wäre von der „Naturkraft“ des Geldes, das, ein gebändigter Diener, sein Leben reguliert.

In dem Augenblick aber, da das Geld als Wertmesser versagt, bricht diese wohltuende Fiktion zusammen; das Geld entfällt sich furchtbar in seiner ganzen tyrannischen Naturhaftigkeit, um so zerstörerischer, je weniger es seine Funktion erfüllen kann; es enthält seinen und nicht minder zynisch den Charakter seines „Herrn“, des Menschen, der plötzlich als ein hilfloses, nacktes Geschöpf seines Geschöpfes — des Geldes — dasteht. Der Mensch, der das Geld zerstört hat, wird nun von ihm zerstört. Denn letzten Endes sind wir abhängig „von Kreaturen, die wir machen“. Daß die Währung eine Grundlage des deutschen Lebens war, zeigte sich erst, als diese Grundlage karst.

Der Glaube an das Geld ist nicht nur, wie man häufig schlechthin annimmt, Rationalismus, sondern er ist auch der Glaube an den Staat. Wenn die Achtung vor der Währung schwindet, schwindet der Respekt vor dem Staat, der hinter der Währung steht. Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Staates nicht wert, der bestimmt, daß dieser Pfennig ein Pfennig sei. Wenn die Million und Milliarde zum Gespött wird, wittern die staatsfeindlichen negierenden Mächte die Morgenröthe der Reaktion. Unterwühltes Geld — unterwühlter Staat. Sehr wohl denkbar, daß die anti-republikanischen Elemente die Zerstörung des Geldes als ein Mittel zu ihrem Zweck fördern, sie zumindest ihren Zwecken dienlich machen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete richtet an die Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr folgenden Aufruf: An die Deutschen im besetzten Gebiet!

In der Stunde, in der die Reichsregierung dem deutschen Volk Kenntnis gibt von ihrem Entschluß, den Abwehrkampf im Westen einzustellen, ist es mir ein besonderes Herzensbedürfnis, den Brüdern und Schwestern am Rhein und Ruhr noch einmal den heißen Dank des Vaterlandes auszusprechen für alles das, was sie für das deutsche Volk in den letzten neun Monaten getan und getragen haben. Alle Teile der Bevölkerung haben für das Vaterland getämpft und schwere Opfer gebracht. Handel, Industrie und Landwirtschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, der gewerbliche Mittelstand, die freien Berufe, die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen, ihnen allen gilt der Dank, ob sie nun ihre Treue zum Vaterland mit der Hingabe des Lebens, der Gesundheit, der Heimat, der Freiheit bezeugt, oder ob sie bis zum bitteren Ende auf ihrem Posten geblieben haben. Was von hier aus geschehen kann, wird geschehen, um die Leiden zu lindern, die über Euch gekommen sind.

Mit dem Abbruch des Kampfes ergeht an Euch der Ruf, die schaffende Arbeit für das Vaterland wieder aufzunehmen. Alle Verordnungen und Anweisungen des Reichs, die während des Kampfes im Einvernehmen mit Euch ergangen sind, sind aufgehoben. Die Bahn für neue Arbeit ist frei. Wir wollen Euch bei ihrer Aufnahme helfen, soweit es irgend in unseren Kräften steht. Mit der Regelung des Überganges hat die Reichsregierung sich beauftragt. Vorbereitende Maßnahmen sind, insoweit dies einseitig von hier aus geschehen kann, bereits getroffen; insbesondere sind bestimmte Stellen für die Führung von etwaigen Einzelbesprechungen im besetzten Gebiet in Aussicht genommen. Die Beamten werden in kürzester Frist die erforderlichen Weisungen erhalten.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete,
gez. Fuchs.

In einer Sonderausgabe des Reichsgeheblattes erscheint heute folgende Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über Aufhebung der aus Anlaß des Ruheinbruchs erlassenen Verordnungen vom 27. September 1923:

§ 1. Die nachstehenden aus Anlaß des Ruheinbruchs erlassenen Verordnungen werden hierdurch aufgehoben.

Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 16. März 1923 (Reichsgeheblatt I, S. 188).

Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 29. März 1923 (Reichsgeheblatt I, S. 234).

Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen, vom 3. März 1923 (Reichsgeheblatt I, S. 157).

Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 17. April 1923 (Reichsgeheblatt I, S. 251).

Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. August 1923 auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1923 (Reichsgeheblatt I, S. 795).

§ 2. Der vorstehende § 1 tritt mit Wirkung vom 26. September 1923 ab in Kraft.

Mitteilung an die Ententevertreter.

Der Reichskanzler hat gestern die Botschafter der Entente-Regierungen empfangen, um sie über den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage an die Reparationskommission macht, unterliegt noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken herrscht die Auffassung vor, daß die schnelle Befreiung der Botschafterposten in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus notwendig ist.

Jedenfalls muß Frankreich die Entscheidung über diese in der Schwebe befindlichen Fragen schon der Reichsregierung überlassen; überflüssig ist es auch, an den Aufruf des Reichspräsidenten gehässige Kommentare zu knüpfen. Der Aufruf stellt lediglich Tatsachen fest und übt im Verhältnis zu dem im Ruhrgebiet Geschehenen äußerste Zurückhaltung. Damit muß sich die französische Presse schon abfinden, daß Deutschland sich immer wieder das Recht herausnehmen wird, die Wahrheit zu sagen und Tatsachen ordnungsgemäß festzustellen.

Frankreich wartet.

Paris, 27. September. (WTB.) Havas veröffentlicht eine Mitteilung, worin es heißt, in offiziellen französischen Kreisen rechnet man natürlich mit Interesse die politischen Ereignisse in Deutschland, namentlich in Bayern. Jedoch werde keine formelle Meinung ausgesprochen, da die Antagonismen, die sich augenblicklich zeigen, im wesentlichen innerpolitischen Art seien. Der Zustand der Erregung erfordere eine Verdoppelung der Wachsamkeit und Vorsicht der alliierten Regierungen angesichts der ganzen Bedeutung der Rundgebung, die die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet ankündigt. Bis jetzt sei übrigens noch keinerlei offizielle Mitteilung Deutschlands irgendwelcher Art ergangen. Die französische Regierung warte also ab, da sie seit Entschlossen sei, Deutschland nach seinen Handlungen zu beurteilen und mit dem Deutschen Reich erst an dem Tage in Verhandlungen einzutreten, an dem effektiv und dauerhaft in dem besetzten Gebiet das normale Regime wieder hergestellt sei, das am 11. Januar bestanden habe. (Normal ist das Ruhrgebiet von ausländischen Soldaten und Kommissionen frei. Red.)

Baldwins Rede.

Für englisch-französische Innigkeit.

London, 27. September. (WTB.) Premierminister Baldwin sagte in seiner heutigen Rede in Overstone bei Northampton, so lange er das Premierministeramt innehat, sei es für lang oder kurz, beabsichtige er, das Ziel, den Frieden zu wahren, über alles zu setzen. Baldwin erklärte langsam und mit großem Nachdruck, in diesem Krise verfolge er jetzt die Lage in Europa zu behandeln. Auf einer der ersten Sitzungen der Reichskonferenz in der nächsten Woche müsse die gesamte Frage der augenblicklichen Lage in Europa und der Welt beraten werden. Als die letzte Regierung ins Amt gekommen sei, habe eine Atmosphäre der Zurückhaltung, fast des Mißtrauens zwischen Frankreich und England bestanden. Es sei ihm, wie er glaube, in seiner Unterredung mit Polcaré in Paris gelungen, dazu beizutragen, die Atmosphäre des Vertrauens wiederherzustellen, die seit einiger Zeit verloren gegangen war.

Auftakt im Reichstag.

Die ursprünglich auf 3 Uhr angelegte Sitzung des Reichstags wurde erst um 1/2 Uhr durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident Löbe verweist auf die Bedeutung der Aufgaben, welche der jetzigen Tagung des Reichstags harren, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, mit Hilfe der starken Reichsgemeinschaft die Stürme zurückzuweisen, welche sich von allen Seiten gegen die Einheit und den Bestand der Republik erheben.

Zur Geschäftsordnung führt Abg. v. Graefe (Döhl.) aus, daß außen wie innenpolitisch die Erregung des Volkes auf das äußerste gestiegen sei. Aus eigener Nachvollkommenheit, ohne den Reichstag zu befragen, habe die Reichsregierung die schwerwiegendsten Beschlüsse gefaßt, welche Lebensfragen des deutschen Volkes betreffen. Nun soll heute über Postbesetzungsverfahren und ähnliche Kleinigkeiten beraten werden. Das sei ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Er beantrage, die heutige Sitzung zu vertagen, bis der Reichskanzler zur Stelle sein könne, um vor dem Volke Rechenschaft abzulegen. Redner wendet sich sodann gegen die erneuten Hauskassationen, die auf Veranlassung des preußischen Innenministers Seegering bei seiner Partei vorgenommen seien, um so mehr, als die ungesicherten Nachprüfungen der früheren Hauskassationen noch immer nicht vorgenommen seien.

Abg. Bach (Komm.): Wir beantragen in erster Linie, daß der Reichstag den Reichskanzler zwingt, hier Rechenschaft abzulegen über die Dinge, die jetzt geschehen sind und weiter geschehen. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten. Es ist nur ein Vorwand, daß die Verordnung sich gegen Bayern richte. Bayern preist auf solche Verordnungen. In Wirklichkeit soll eine Militärdiktatur gegen links aufgerichtet und alle Macht in die Hand Dr. Gesslers gelegt werden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wir beantragen die Aenderung der Tagesordnung dahin, daß sofort in eine politische Aussprache eingetreten wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Die weniger wichtigen Vorlagen sind auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil sie vor dem 1. Oktober verabschiedet werden müssen. Wir wünschen eine politische Aussprache baldigst. Die große Mehrheit des Parlaments muß den Beweis liefern, daß sie hinter der Reichsregierung steht bei der schweren Entscheidung, die bevorsteht. (Zuruf des Abg. v. Graefe: Aber das Land steht nicht hinter ihr! — Unruhe bei der Mehrheit.) Bei der politischen Debatte muß allerdings ausführlich über die Rechtmäßigkeit der Ausnahmeverordnungen gesprochen werden. Die bayerische Verordnung hätten wir für durchaus unangebracht. Sie ist uns aber leider bisher noch nicht zugegangen. Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß der Abg. Bach hier behauptet, die Reichsregierung habe das Ruhrgebiet aufgegeben. (Zustimmung.) Die Debatte über die Ausnahmeverordnungen muß mit der großen politischen Debatte verbunden werden. (Zuruf links: Wann denn?) Darüber haben wir ja im Weltfrieden ausprobiert gesprochen! Die Aussprache ist für Dienstag in Aussicht genommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg.

Seiner Ansicht nach erkenne man jetzt sowohl in Paris als auch in London die Bedeutung der Entente an, ohne die eine Regelung der europäischen Verhältnisse weit schwieriger sein würde. Die Ereignisse der letzten zwei oder drei Wochen hätten diese Tatsache allen denen gezeigt, die Augen hätten, zu sehen. Unter Beifall erklärte Baldwin, die

beste Gewähr für eine Regelung liege in innigen Beziehungen zwischen Frankreich und England,

und wenn irgendetwas geschehe, was diese beiden Länder trenne, dann würden wir, wie er befürchte, alle die Probleme, mit denen man es zu tun habe, unvergleichlich schwieriger sein als heute.

Die Arbeiter fordern Parlamentstagung.

London, 27. September. (WTB.) Auf einer heute hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Generalkomitees des Gewerkschafts-Kongresses und des Volkskongresses der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der der Premierminister angesichts „des äußersten Ernstes der Lage in Deutschland und mit ihrer unermesslichen Wirkung auf den Zustand des Handels“, sowie angesichts der in England sehr zunehmenden Arbeitslosigkeit aufgefordert wird, gemäß der vor Vertagung des Unterhauses gemachten Zusage sofortigen Zusammentritt des Parlaments zu veranlassen.

Der Druck der Strafe.

München, 27. September. (WTB.) Der Verband der „Vaterländischen Bezirksvereine Münchens“ richtete an den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling ein Schreiben, in dem er unter Hinweis auf die Terrorakte anlässlich der Kundgebungen beim Deutschen Tag in Nürnberg und auf die jüngsten Ueberfälle in München auf Mitglieder der vaterländischen Verbände betont, daß das Vertrauen der Verbände zum derzeitigen Innenminister erschüttert sei und daß dieser Posten mit einem Manne besetzt werden müsse, der das Vertrauen der vaterländischen Verbände besitze. Desgleichen herrsche in den vaterländischen Kreisen tiefste Verstimmlung gegen den jetzigen Landwirtschaftsminister.

Ein Mißverständnis Knillings.

Zu den Münchener Meldungen, wonach Herr v. Knilling in einer Pressebesprechung Mitteilungen darüber gemacht hat, daß bei der Ministerpräsidentenkonferenz einem großen Teil seiner Anregungen nicht Folge gegeben worden sei, erklärt die „Telegraphenunion“ zuverlässig, daß das über die Konferenz ausgegebene Communiqué von sämtlichen anwesenden Ministerpräsidenten, also auch von Herrn v. Knilling, einstimmig gebilligt worden ist. Die Frage des Protestes gegenüber der Besetzung von Rhein und Ruhr ist in der Debatte dieser Ministerpräsidentenbesprechung mehrfach gestreift worden, doch hat nur ein Vertreter eines mitteldeutschen Staates seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß ein derartiger erneuter Protest in diesem Falle nicht am Platze sei. Alle übrigen Vertreter, einschließlich mehrerer sozialdemokratischer Ministerpräsidenten, haben daraufhin ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß dieser Protest selbstverständlich erneut an der Spitze der Rundgebung der Reichsregierung stehen müsse, wo er in der Rundgebung auch steht. Ueber eine Notifizierung der gestellten Beschlüsse an die ausländischen Botschafter ist bisher ein Kabinettsbeschluss nicht gefaßt worden. Von einer sofort zum Ausdruck gebrachten Verhandlungsbereitschaft ist ebenfalls nicht die Rede.

Korfu geräumt.

Italien zieht ab und freicht 50 Millionen ein.

Rom, 27. Sept. (EP.) Die Räumung Korfus durch die Italiener ist heute vollzogen worden. Heute früh 8 Uhr wurde unter den Salven von drei Kriegsschiffen die italienische Flagge eingezogen und die Insel den Griechen zurückgegeben. Innerhalb drei Tagen sind etwa 10 000 Mann mit Artillerie und Ma-

Thomas (Komm.), Ledebour (U. Soz.), Koch (Dem.), Marx (Zent.), Breitscheid (Soz.) u. a. beizuliegen, wird zur Abstimmung geschrieben. Die Anträge auf sofortigen Eintritt in die politische Aussprache werden gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Aussprache über die Rotverordnung wird gegen die Kommunisten und die Deutschvölkischen abgelehnt.

Hierauf folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen für die Beamten.

Die Abg. Degler (Dnat.) und Eichhorn (Komm.) wenden sich gegen die Vorlage.

An die erste Lesung schließt sich sofort die zweite. Das Gesetz wird sodann in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die Ausschussentwürfe über halbmonatliche Zahlungen der Teuerungszuschläge und die Gleichstellung der Ruhegehaltsempfänger mit den Beamten.

Das Gesetz wird sodann auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen mit mehr als Zweidritteln der Anwesenden angenommen.

Der dritte Nachtrag zum Reichshaushalt wird debattelos in allen Lesungen angenommen. Der Nachtrag sieht die Ausgabe von weiteren 10 Billionen Mark Schananzahlungen vor.

Das Postgesetz über Abrechnung aller Summen auf volle tausend Mark wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen, ebenso der Entwurf über Reimmaßnahmen in der Unfallversicherung. Das Gesetz über Änderungen im Postwesen geht an den Rechtsausschuß.

Morgen nachmittag 4 Uhr: Aenderung der Bankgesetze und kommunistische und deutschnationale Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung.

Schluß 7 Uhr

Die Gehälter der Beamten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten und Ruhegehaltsempfänger. Es handelt sich um eine währungsrechtliche und währungstechnische Maßnahme von größter Bedeutung, weil die vierteljährlichen Zahlungen eine starke inflatorische Wirkung erzeugen. Es liegen eine Reihe Abänderungsanträge vor, die die Lockerung des Gesetzes bereits vor dem 1. März 1925 münden. Die Regierung teilt mit, daß die Vorbereitungen für die Auszahlung der Gehälter nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes bereits getroffen seien und daß eine andere Art der Zahlung technisch kaum noch möglich ist. Nach unweiliger Debatte wurde der Gesetzentwurf mit dem Zusatz angenommen, daß die Grundgehälter, Ortszuschläge, Frauen- und Kinderzuschläge auch weiterhin vierteljährlich gezahlt werden sollen. Das Gesetz wird mit dem 31. März 1924 außer Kraft gesetzt. Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, ab 1. Oktober die Teuerungszuschläge wieder in halbmonatlichen Rufen zu zahlen.

terialien eingeschifft worden. Für heute wird die Ankunft eines griechischen Kriegsschiffes erwartet. Der italienische Gouverneur hatte die griechische Bevölkerung vor Ausschreitungen warnen lassen.

Griechischer Protest gegen den Botschafterbeschluss.

Genf, 27. September. (TL.) Die griechische Delegation beim Völkerbund hat gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz Einspruch erhoben, nach der Italien die von der griechischen Regierung bei einer Schweizer Bank deponierten 50 Millionen Lire zugesprochen werden. Der Einspruch wird damit begründet, daß die Nachforschungen der internationalen Untersuchungskommission in Albanien noch nicht beendet sind.

Wirtschaft

Eine Billionenleihe. Dem Reichstag ist ein Nachtragshaushalt zugegangen, durch den der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, zur Befreiung außerordentlicher Ausgaben auf dem Wege der Anleihe 12 416 Billionen und zur vorübergehenden Verfrachtung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schananzahlungen bis zu weiteren 20 000 Billionen auszugeben. Endlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für die Sicherung der Brotversorgung Reichsschananzahlungen bis zur Höhe von weiteren 3000 Billionen auszufertigen. Dieser Kredit ist aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides abzudecken.

Goldzollausgeld und Landabgabe. Für die Zeit vom 20. September bis 2. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldzollausgeld 3 180 999 000 v. G. (eine Goldzollmarke gleich 31 900 000 Papiermark). — Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 20. September bis zum 2. Oktober 1923 einschließlich 31 900 000 für je eine Goldmark.

Eine 5prozentige Goldmarkenleihe der Stadt Danzig wird gemäß der im Angelegenheit abgedruckten Zeichnungseinladung zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Erlös der Anleihe ist bestimmt für den Ausbau der Wasserkräfte im Gebiete des Freistaates Danzig. Die Wasserkräfte reichen aus, um die Elektrizitätserzeugung für die Stadt und den Freistaat Danzig sicherzustellen. Die Preise für elektrischen Strom werden auf Goldbasis zu berechnen werden, daß die Ausgaben für den Zins- und Tilgungsdienst gewährleistet sind. Die zu schaffenden Bauten und Anlagen werden ausschließlich von in Deutschland anässigen Firmen ausgeführt, so daß der Anleiherlös der deutschen Industrie zugute kommt.

Ämtliche Devisenkurse.

| | 27. September | | 26. September | |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|
| | Käufer (Gold) Kurs | Verkäufer (Silber) Kurs | Käufer (Gold) Kurs | Verkäufer (Silber) Kurs |
| 1 holländ. Gulden | 55800000 | 58140000 | 49478000 | 46724000 |
| 1 argentin. Pap.-Peso | 47481000 | 47719000 | 41895000 | 42105000 |
| 1 belgischer Franc | 7381500 | 7418500 | 6723150 | 6756850 |
| 1 norweg. Krone | 22749000 | 22857000 | 19950000 | 20000000 |
| 1 dänische Krone | 25580000 | 25684000 | 22548500 | 22685500 |
| 1 schwedische Krone | 37950000 | 38095000 | 33116000 | 33884000 |
| 1 finnische Mark | 8820425 | 8889575 | 3801500 | 3408500 |
| 1 japanischer Yen | 69827500 | 69172500 | 60847500 | 61152500 |
| 1 italienische Lire | 6439750 | 6518250 | 5685750 | 5714250 |
| 1 Pfund Sterling | 648375000 | 651025000 | 573585000 | 576487500 |
| 1 Dollar | 142044000 | 142756000 | 125685000 | 126315000 |
| 1 französisch. Franc | 8878250 | 8721750 | 7780500 | 7819500 |
| 1 brasilian. Milreis | 18765000 | 18894500 | 16269750 | 12190250 |
| 1 Schweizer Franc | 25398500 | 25463500 | 22543500 | 22658500 |
| 1 spanische Pesta | 19750500 | 19849500 | 17685750 | 17744250 |
| 100 österr. Kr. (gest.) | 199600 | 200500 | 177555 | 178455 |
| 1 tschechische Krone | 4298300 | 4219700 | 3750900 | 3789400 |
| 1 ungarische Krone | 7581 | 7619 | 6683 | 6717 |
| 1 bulgarische Pesta | 1376550 | 1383450 | 1206975 | 1218025 |
| 1 jugoslaw. Dinar | 1695751 | 1704250 | 1476300 | 1483700 |

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Lohnentwertung.

Nach der amtlichen Reichsindizesziffer betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten am Dienstag, den 25. September, rund das 28 Millionenfache gegenüber Juli 1914. Mit anderen Worten ausgedrückt, hätte am letzten Lohnzahlungstag, d. h. am Freitag, den 21. September, der Stundenlohn eines Arbeiters, der im Jahre 1914 75 Pfennig betrug, 21 Millionen betragen müssen, um den Friedenslohn zu erreichen. In Wirklichkeit hätte der Lohn noch höher sein müssen, denn erstens ist seit 1914 eine Qualitätsverschlechterung der Waren und Lebensmittel eingetreten, der die Statistik nicht Rechnung trägt, und außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitszeit gegenwärtig eine kürzere ist als sie 1914 war und daß also der Arbeiter, selbst wenn er den Friedenslohn pro Stunde bekommen hätte, noch nicht sein Friedens Einkommen besäße.

Rum ist zu beobachten, daß die in den Richtlinien der Spitzenorganisationen als notwendig anerkannte Voraussetzung der Teuerung so gut wie nirgends bei Lohnverhandlungen vorgenommen wird. Dadurch ist die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in den letzten Monaten der raptiden Geldentwertung immer mehr zurückgegangen. Es gibt sogar Berufe, wo die Unternehmer sich strikte weigern, den längst überholten Index der Vorwochen anzuerkennen. In diesen Berufen sind die Arbeitnehmer zwei bis vier Wochen hinter der Teuerung zurückgeblieben, d. h. sie bekommen nur mehr einen geringen Bruchteil ihres Friedenslohnes, ein Bruchteil, der sie ganz außerstande setzt, menschenwürdig zu leben.

Wir sind gegenwärtig in einer für die Arbeiterschaft besonders gefährlichen wirtschaftlichen Periode. Die Steuererträge und die währungsrechtlichen Maßnahmen beginnen sich allmählich auszuwirken. Der Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wird auf dem Geldmarkt eine ähnliche Wirkung ausüben. Wir kommen also voraussichtlich in eine Periode wenn nicht der Marktstabilisierung, so doch einer viel langsameren Steigerung der ausländischen Devisen. Man kann selbst annehmen, daß der Dollar, wie es in den letzten Tagen geschehen ist, zeitweise zurückgeht. Trotz dieses relativen Stillstandes der Marktentwertung, gemessen an den ausländischen Währungen, geht die innere Marktentwertung weiter. Da der Großhandelsindex am 25. September das 30 Millionenfache betrug, muß man die voraussichtliche Steigerung der Lebenshaltungskosten in der Woche vom 25. September bis zum 2. Oktober auf 30 bis 50 Prozent schätzen, da infolge der Kohlenpreiserhöhung die Großhandels- und damit die Kleinhandelspreise weiter steigen und auch die Tarife der Eisenbahn und der Post und die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise erhöht werden. Von Friedenslöhnen könnte also erst dann gesprochen werden, wenn am heutigen Lohnzahlungstage ein Arbeiter, der im Juli 1914 einen Stundenlohn von 75 Pf. hatte, 30 Millionen Mark Stundenlohn ausgezahlt bekäme. Wir haben in der vergangenen Woche gesehen, daß die Lebenshaltungskosten um nahezu 100 Proz. gestiegen sind, während der Dollar von 150 Millionen am 18. auf 121 Millionen am 25. September gesunken ist.

In einem solchen Zeitpunkt weigern sich die Unternehmer im allgemeinen, auch nur die schon überholte Teuerung anzuerkennen, geschweige denn die kommende Teuerung mit in Rechnung zu stellen. Sie haben wohl die Uebergewinne eingestekt, die sich aus der Dollarsteigerung ergaben, während die Löhne dahinter zurückblieben, weigern sich aber jetzt, die inzwischen dem Dollar nachkommende Teuerung anzuerkennen. Wir werden in den nächsten Tagen wieder die alten Mägen in der bürgerlichen Presse lesen (hoffentlich nicht wieder in Ministerreden hören) können, daß die Arbeiter Ueberfriedenslöhne bekämen, weil sie innerhalb eines gewissen Zeitpunktes gewisse Papiermarkzulagen bekommen haben, deren prozentuale Steigerung höher war als die des Dollars.

Die Gewerkschaften müssen also mit allem Nachdruck fordern, daß die Löhne der Teuerung angepaßt werden und jeden Versuch, die entwerteten Löhne noch weiter zu entwerten, zurückweisen. Die Gewerkschaften werden diesen Versuch jedoch nur in dem Maße lösen können, in dem die Arbeiterschaft begrift, daß ein geschlossenes Zusammenstehen und Zurückweisen aller wilden Parolen die Gewähr zu neuem Aufstieg bietet.

Lohnregelung der Kellerarbeiter.

Für die in den Weingroßhandlungen und Vorküchen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kautscher und Kraftwagenfahrer besteht mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und dem Verband der Gewerbe von Groß-Berlin G. V. und dem Deutschen Verkehrsband ein Tarifvertrag, der die Regelung der Löhne für die Kellerarbeiter in den Verhältnissen entsprechend vorsieht. Verhandlungen, die die Neuverfestigung der Löhne für die 33. Woche vorsehen sollten, führten zu keiner Einigung, da die Vertreter der Arbeitgeber u. a. erklärten, die Reichsindizesziffer für die weiteren Wochen wegen der ungleichen Höhe nicht mehr tragen zu können.

Beide Vertragsparteien vereinbarten zunächst einen vorläufigen Lohn von 282 Millionen pro Woche und Anrufung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zur Entscheidung. Am 25. September hat diese Instanz ertagt und einen einstimmigen Schiedspruch gefällt, dessen Inhalt besagt, daß der Arbeitgeberverband verpflichtet wird, für die Woche vom 14. bis 20. September den Reichsindex als Zuschlag zu gewähren und für die inwischen eingetretene Lohnwoche vom 21. bis 27. September, also die 30. Woche, wird empfohlen, den Reichsindex ebenfalls zu bewilligen.

Eine sofortige Erklärung vor dem Schlichtungsausschuss über Annahme des Schiedspruches glaubten die Unternehmer nicht abgeben zu können, während die Organisation den Schiedspruch annahm. Inzwischen ist vom Deutschen Verkehrsband die weitere Instanz, und zwar der „Demo“ zwecks Verbindlichkeit des Schiedspruches angerufen worden. Bevor jedoch hier ein Termin stattfand, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen. Der Lohn für die 33. Woche beträgt 438 000 000 M. und für die Zeit vom 21. bis 27. Sept., also 30. Woche, 902 800 000 M. für Arbeiter. Die Löhne der Frauen und Jugendlichen regeln sich nach den festgelegten Bestimmungen des Manteltarifs, der von der Reichsarbeitsverwaltung trotz des Einspruches des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter jetzt für verbindlich erklärt worden ist.

Abzüge des Lohnabkommens sowie der Manteltarifs sind gegen Mitgliedsausweis und Feilerstatuta der Unlosen im Tarifausgabebüro 25 des Deutschen Verkehrsbandes, Engelauer 24/25, zu haben.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird uns mitgeteilt, daß für die Herrenmodebranche Berlin für die Lohnwoche, in welche Montag, den 24. September, fällt, ein neues Lohnabkommen getroffen worden ist. Der Akord-Stundenlohn stellt sich wie folgt:

In Klasse I und II 25 610 000, III 25 088 000, IV 24 842 000 M. Der Nettolohn ist in allen Klassen gleich. Alles übrige bleibt prozentual wie bisher.

Ueber das Ergebnis des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses der beiden vorhergehenden Lohnwochen ist noch keine Verständigung erzielt; die Verbindlichkeitsklärung steht noch aus.

Neue Löhne im Einzelhandel. Für die Handelsbelfarbeiter sind für die Zeit vom 22. bis 28. September folgende Wochenlöhne vereinbart worden: Ledige über 23 Jahre 780 Mill. Mark, Verheiratete 790 Millionen Mark. Verheiratete mit verlorungspflichtigem Kind 800 Millionen Mark. Die Löhne für die Jugendlichen erhöhen sich um 110 Proz. Tarifverträge sind ab Sonnabend im Bureau des Deutschen Verkehrsbandes, Zimmer 28, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches abzuholen.

Für das Berliner Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbe sind für die Zeit vom 22. bis 28. September folgende Löhne vereinbart worden: Maurer, Zementarbeiter, Einsteher, Stein- und Kalkträger 25 650 000 M.; Kalkschläger, Wasserträger, Mäher und Zementarbeiter 25 009 000 M.; geübte Bauarbeiter 24 368 000 M.; Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 24 840 000 M.; ständige Platz-

arbeiter 23 830 000 M.; Maschinen, I. Kl., 27 120 000 M.; II. Kl., 25 650 000 M.; III. Kl. und Arbeiter 24 600 000 M.; Schloffer, Schmiede und Monteur 25 650 000 M.; Einsteher und Schloffer 25 500 000 M.; Hilfsmonteur, Hilfschloffer, Bergarbeiter, Bestreuer, Kalkschläger 24 368 000 M.; Wäcker für 7 Schichten à 8 Stunden 1 015 000 000 M.; Erziehungswärter pro Stunde 23 200 000 M.; Schichtmeister 1 881 000 000 M.; Poliere 1 886 430 000 M. Werkzeugentschädigung pro Stunde 193 000 M. für Facharbeiter. Am Freitag, den 5. Oktober, gelangt ein Vorlauf von 800 Millionen Mark zur Auszahlung. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechend geringeren Vorlauf. Deutscher Bauarbeiterverband, Bauarbeitervereinigung Berlin.

Achtung, Zimmerer! Auf Grund der zentralen Abmachungen wurde von den Tarifparteien am Donnerstag für das Lohngebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Velten, Dramenburg und Königs-Wusterhausen der neue Lohn für die Lohnwoche vom 22. bis 28. September wie folgt verrechnet: Der Stundenlohn für Zimmerer beträgt für diese Zeit 25 650 000 M. zuzüglich 385 000 M. Werkzeugentschädigung. Die Lehrlingsentschädigung ist wie folgt festgelegt:

| | Gruppe A | Werkzeugentschädig. | Gruppe B | Werkzeugentschädig. |
|-----------------|------------|---------------------|------------|---------------------|
| Im 1. Lehrjahre | 2 565 000 | 38 500 | 3 848 000 | 57 700 |
| 2. | 3 848 000 | 57 700 | 5 130 000 | 77 000 |
| 3. | 5 130 000 | 77 000 | 6 413 000 | 96 200 |
| 4. | 7 695 000 | 115 400 | 8 978 000 | 134 700 |
| 5. | 10 260 000 | 153 000 | 11 543 000 | 173 100 |
| 6. | 12 825 000 | 192 400 | 14 108 000 | 211 600 |

Am Freitag, 5. Oktober, ist an Vollarbeiter ein Vorlauf von 300 Millionen Mark und an Kurzarbeiter $\frac{1}{2}$ der Summe zu zahlen. Auch Lehrlinge erhalten einen ihrem Lohne entsprechenden Vorlauf.

Lohnbewegung der Töpfer. Die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern im Töpfergewerbe sind resultatlos verlaufen. Die Forderung der Gesellschaft war 10 Prozent über dem Maurerlohn. Die Unternehmer machten kein Gegenangebot. Die Gehilfen werden nun ersucht, auf den Bauten oder Pflanzstellen mit den Unternehmern zu verhandeln. Die weiteren Verhandlungen sind beim Schlichtungsausschuss beantragt. Die Fachgruppenleitung.

Der Lohn der Glaser für die Zeit vom 21. bis 27. September beträgt 17 700 000 M., für Hilfsarbeiter 18 500 000 M. Freitag für Glaser 17 000 000, für Hilfsarbeiter 18 000 000.

Gemachtregelte Angehörige der Metallindustrie! Die Auszahlung der zweiten Unterstufungsrate von der eingeleiteten Sammlung an alle aus Anlaß des Angehörigen- und Generalskreises gemachte (früher entlassenen) Angehörigen, welche sich gemäß unserer Aufforderung beim JdK. gemeldet haben, erfolgt heute Freitag, zwischen 5 und 7 Uhr, sowie Sonnabend, zwischen 10 und 1 Uhr in den Räumen der Unterstufungsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Velle-Alliance-Str. 7/10.

Achtung, BGD-Funktionäre des VVB-Berücks! Am Montag, den 2. Oktober, findet im Jugendheim Vinkenstraße 3, 2. Hof, 3. Et., eine wichtige Sitzung aller BGD-Funktionäre statt. Es ist Pflicht aller Genossen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der BGD-Vorstand.

Bergmann-Hilfsarbeiter Berlin. Sämtliche Kollegen, die in der Zeit vom 11. September bis heute zur Auszahlung gekommen sind, treffen sich zu einer wichtigen Versammlung am Sonnabend, den 23. September, nachmittags 2 Uhr, bei Alting, Uferstraße 24.

Deutscher Holzarbeiterverband. Da am Sonnabend, den 23. September, normaler Tag im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über unsere Lohnforderungen stattfinden, werden wir hiermit zu dem gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, unsere erweiterte Verwaltung zu einer Sitzung in unserem Verbindungsbüro, Rungelstraße 30, zusammen. Wir bitten um bestmögliche und pünktliche Erscheinen. — Beiträge für diese (30.) Woche. Entsendung des Stundenlohnes in den einzelnen Branchen und unter Einholung des Stundlohnes „ein Stundenlohn gleich ein Wochenbeitrag“ kommen in dieser Woche folgende Beiträge in Betracht: In 1000 Mark: 21 000, 15 000, 13 500, 10 000, 10 000, 5000, 4500, 3500, 3000, 1000. Der Lehrlingsbeitrag beträgt ab 1. Oktober 5000 Mark. Die Disziplinarleitung.

Beamtentisch für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Armin Seltenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schlawitz; Politik und Konjunktur: Felix Karst; Angewandte: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 3. Stock 1. Belage.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshäuser
7 1/2 Uhr:
Mein Leopold
Theater I. d. Königsgrätz. Straße
Der Clown Gattas

Komödienhaus
8 Uhr:
Mein Vetter Eduard
Lesing-Theater
Neue bis Sonntag 7 1/2
Der Unbestechliche
(Max Pollenber)

Beur. Künstler-Th.
Altabend. 7 1/2
Fürst v. Pappenheim
(Max Adalbert)

Th.-A. Kottb. Tor
Th. 1/2, 2. 1/2, 3. 1/2
s. Sonnt. sch. m. 1 Uhr
ELITE-Sänger
U. a.
Das süße Mädel

Bockbrauerei
Belle-Alliance-
Ecke Fiedrichstraße
Kino-Eröffnung!
Arfang 1/7 Uhr
Täglich
2 Vorstellungen

Ettablissement Zielka
Friedrichstr. 66, Ecke Leipziger Str.
4 1/2 Uhr Täglich 6 1/2 Uhr
wieder die beliebten
Nachmittags-Varieté- u. Kabarett-Vorstellungen
Auftritt von:
Maria Zelenka u. Alfred Läufer u. a.
Lena Bowitz, Ines Maslow, Lena Döweke,
Im. Busch, Dreher, Alpers, J. Huges,
Ballet Oberer (4 Takt), etc. u. 100
J. Birnbaum mit großem Orchester
Eintritt frei bis auf reservierte Plätze
7 1/2 Uhr abendl.: Das große Programm!

Metropol-Variété
Behrensstr. 34
10 Schläger
WINTERTORTEN
Variété-Programm
Auchen gestattet!

UFA-PALAST A. ZOO
Die Flamme
TAUENTZIENPALAST
Tafeln
U. T. KURFÜRSTEND.
Tafeln
U. T. NOLLENDORFFPL.
Leute a. Wäzmland
KAMMERLICHTER
U. T. WEINBERGSWEG
Fridolens Rex
U. T. FRINKRIGHESTR.
Millardensouper
U. T. ALEXANDERPL.
Suddenbrooks
U. T. SCHONBERG
vom 28. 9.—1. 10. 23
Buddenbrooks
vom 2. 10.—4. 10. 23
Sodom und Gomorra
U. T. HASENHEIDE
vom 28. 9.—1. 10. 23
Im Verdacht des Brudermordes
vom 2. 10.—4. 10. 23
Der wilde Gast in der Silbermine

Wallner-Theater
8 Uhr: Causa Kaiser
Lustspielhaus
Sindler: Max Schmitt
Gastp. Die Truppe
8: Kaufm. v. Venedig
Walthalla Theater
Weinbergsweg 19/20
Tägl. 8 Uhr:
Die spanisch. Filoge
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Ein Mann aus d. Volke

Besuchen Sie den europäischen
Barnum u. Bailey
Berlin SW, Ecke Dreifundstraße u.
Belle-Alliance-Str.
Prunkvolle Eröffnung
Sonnabend, 29. September, 7 1/2 Uhr,
mit den 42 Attraktionen 42
1 Stunde vor Beginn:
Paradekonzert vor dem Rikus.
Barnum u. Bailey: H. Kapfen
Belle-Alliance-Str. 21, um 10 Uhr
monatlich an der Reichsstraße

Casino-Theater
8 U. Die 8 U.
neuen Reichen
Reichshallen Th.
Tägl. 7 1/2 U.
u. Sonnt. 3 U.
Stettiner
Sänger
Hof-
bühnen-
Schiffbau-
Feldstr. 25
Weg. 3690

Inserate im
Vorwärts
sichern Erfolg!

Rennen zu Hoppengarten
Freitag, den 28. Sept.
nachmittags 1 1/2 Uhr

Garderobe
noch preiswert auf Teilzahlung!
Herren: Für Damen:
Anzüge Kleider
Schlüpfer Mäntel
Paletots Kostüme
gestr. Hosen Röcke
Regenmäntel
Ersatz für Maß in großer Auswahl
Beiser Lothringer
Straße 67.

Goldgelbe Orient-
Zigaretten
Spezial-, 400 Mm.
Goldbrille 600 Mm.
(Doppelformat)
Nur an Wiederverkäufer heute 5-10%
Gutlicht
Zigarettenfabrik
Röppener Straße 7a.
(Südliches Tor)

Zeichnungs-Einladung

auf eine 5% Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig von 1923
(I. Ausgabe)
in Höhe von 2100 000 Reichs-Gold-Mark

berechnet nach dem amtlichen Berliner Briefkurs für Rubelauszahlung New-York.
Ausgefertigt in Stücken zu 4,20 — 21 — 105 und 1050 Reichsgoldmark — 1, 5, 25 und 250 Dollar.
— Tilgung vom 1. Oktober 1928 ab mit jährlich mindestens 2 Proz. des Anleihebetrages zuzüglich ersparter Zinsen. Verlässtliche Tilgung oder Gesamtilgung zum 1. April 1929 zulässig. —
Der Gegenwart der Zinsrate und der ausgelosten und geländigten Stücke wird berechnet für den Verkaufstag am 1. April nach dem durchschnittlichen Berliner Briefkurs für Rubel New-York unter Zugrundelegung der drei ersten amtlichen Notierungen des vorhergehenden Monats März, für den Verkaufstag am 1. Oktober nach dem durchschnittlichen Berliner Briefkurs für Rubel New-York unter Zugrundelegung der drei ersten amtlichen Notierungen des vorhergehenden Monats September. Der Erlös der Anleihe ist ausschließlich zur Schaffung werdender Anlagen (Ausbau der Wasserkräfte im Gebiete des Freistaates Danzig zur Erzeugung von Elektrizität) bestimmt.

Zeichnungsfrist: vom 24. September bis 1. Oktober d. Js.
Zeichnungspreis: 98 %.

Die Berechnung des Zeichnungspreises erfolgt bei den bis 12 Uhr mittags eingehenden Zeichnungen nach dem amtlichen Berliner Briefkurs für Rubel New-York des Zeichnungstages und falls an diesem Tage eine Notierung nicht stattfindet, nach dem nächstfolgenden amtlichen Berliner Briefkurs für Rubel New-York. Bei den nach 12 Uhr mittags eingehenden Zeichnungen wird der Berechnung der amtliche Berliner Briefkurs für Rubel New-York des folgenden Werttages, an dem Devisen-Notierungen stattfinden, zugrunde gelegt. Die Bezahlung des gezeichneten Betrages hat sogleich bei Anmeldung der Zeichnung, und zwar zunächst in runder Summe zu erfolgen. Die Spitzenverrechnung hat stattzufinden, sobald der endgültige Zeichnungspreis feststeht.
Die Renteilung ist dem Ermessen einer jeden Zeichnungsstelle überlassen.
Die Einführung der Anleihe an den Börsen zu Berlin, Hamburg und Danzig wird veranlaßt werden.
Die Zeichner erhalten zunächst Quittungen, gegen deren Rückgabe die endgültigen Stücke sobald als möglich ausgetauscht werden.
Ausführliche Prospekt sind bei den unterzeichneten Zeichnungsstellen erhältlich.
Berlin, Hamburg, Königsberg, Danzig, im September 1923.

Preussische Staatsbank,
(Seehandlung)
Berliner Handels-Gesellschaft, Commerz- u. Privatbank, Darmstädter u. Nationalbank,
Kredit-Gesellschaft, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
Deutsche Bank, Direction der Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Mendelssohn & Co.,
C. Behrens & Söhne, Norddeutsche Bank in Hamburg, Vereinsbank in Hamburg,
M. M. Warburg & Co., Ostbank für Handel und Gewerbe, R. Damme,
Danziger Bank für Handel u. Gewerbe Akt.-Ges.,
Danziger Creditanstalt Akt.-Ges., Danziger Privat-Aktien-Bank.

Schafft Arbeit!

Unser Notstandsantrag im Rathhaus + Beschluß über die Straßenbahnerabfindung.

Die Stadtverordnetenversammlung entschied gestern über die vom Magistrat beantragte Abfindung der entlassenen Straßenbahner in der Hauptsache im Sinne der Ausschlußbeschlüsse. Den Vorleser der sozialdemokratischen Fraktion, nach Besserungen durchzubrüden, setzte die bürgerliche Mehrheit einen meist erfolgreichen Widerstand entgegen. Es gelang wenigstens noch, die Erhöhung der Beihilfe von 40 Millionen auf 300 Millionen zu erreichen. Der aus dem Ausschuß zurückkommende Notstandsantrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde in zweiter Beratung nochmals umstritten. Unser Redner, Genosse Ulrich, betonte nachdrücklich die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeit, die der Stadt nur unter Mitwirkung des Reiches möglich ist. Er begründete nochmals unsere Forderungen zur Erweiterung der Arbeitslosenfürsorge, denen der Ausschuß zugestimmt hat. Auf bürgerlicher Seite tat der deutschnationalen Innungsoberrichter Pauth sich hervor durch seine Schilderung der angeblichen Notlage des Unternehmertums. In der Abstimmung, die zu verhindern die in ihren Reihen bereits gesicherte Rechte sich vergeblich bemühte, wurde der Antrag in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung in fast allen Punkten angenommen.

Die gestrige Sitzung eröffnete um 5 1/2 Uhr Vorsitzender Dr. Caspari mit warmen Worten ehrenden Nachrufs für unseren am Mittwoch beerdigten Genossen Subke. Die Versammlung hörte den Nachruf lebhaft an.

Vor der Tagesordnung richtete hierauf Oberbürgermeister Böß „in einem Augenblick höchster Not des Vaterlandes und vielleicht höchster Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches“ einen an anderer Stelle wiedergegebenen Appell an die Versammlung und an die Berliner Bürgerschaft.

Vorsitzer Dr. Caspari schloß sich diesem Appell an, der nach seiner Uebersetzung in der ganz überwiegenden Mehrheit der Versammlung und der Bürgerschaft den stärksten Widerhall finden werde. Nur wenn jeder Bürger für das Bestehen des Staates nach außen und nach innen sich einsetze, könne man Rettung aus der Not des Vaterlandes erhoffen.

Dr. Rosenbergl (Komm.) lehnte es ab, sich dieser Regierung und ihrer Mehrheit anzuschließen.

Im Sinne seiner Ausführungen lezten die Kommunisten einen Antrag vor. Der Vorsitzende ließ eine Verhandlung dieses Antrages, der die Kompetenz der Versammlung überschreite, nicht zu.

Ein Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei, den Wasser- und die Wasserabgabebeziehung betreffend, stieß auf Widerspruch bei der Linken.

Es war der folgende

Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion

eingebraucht worden:

Die ungeheuerlichen Kohlenpreissteigerungen der letzten Woche, verbunden mit den neuen Zahlungsbedingungen der Pechen, haben die Notlage der Berliner Bevölkerung katastrophal verschärft. Die übermächtige Mehrzahl der Berliner Bevölkerung ist bei diesen Lebensmittelpreisen für Hausbrand nicht mehr in der Lage, die nötigen Heizmaterialien für Hausbrand zu beziehen. Die Not wird durch die ungewöhnlich große Wirtschaftskrisis, durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit verschärft. Selbst die Kohlenhändler sind bei den neuen Zahlungsbedingungen, die sie ebenso wie das Publikum den täglichen Dollarzwangungen aussetzen, nicht mehr in der Lage, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Einkäufe vorzunehmen. Im schlimmsten wirtsch. die Not bei den Gaspreisen aus, die jetzt vollkommen unerschwinglich werden. Die Stadtverordnetenversammlung lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese unheilbaren Zustände und erucht den Magistrat, mit allen Mitteln gegen die Kohlenpreispolitik des Reichsministeriums anzukämpfen und auf die ersten sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der Kohlenpreisentwicklung immer wieder hinzuweisen, bis

ein Abbau der Kohlenpreise zu einer erträglichen und wirtschaftlich berechtigten Höhe erreicht ist.

Dieser unser Antrag stieß auf Widerspruch des Herrn v. Cynern, konnte also auch nicht sofort zur Verhandlung kommen.

In die Tagesordnung einleitend, nahm die Versammlung nunmehr das Referat des Gen. Dr. Cohnemann entgegen über die Ausschlußverhandlungen zum Antrag Heimann und Gen. (Soz.) betreffend

Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Zahlung der Erwerbslosenunterstützung usw. Wir haben feinerzeit den Inhalt der Ausschlußanträge sowie der von den Sozialdemokraten gestellten Änderungsanträge, die im Ausschuß nur teilweise Beachtung gefunden haben, mitgeteilt.

Gen. Ulrich: Das Deutsche Reich befindet sich zurzeit auf einem Nulldar. Den Konfliktstoff hat zunächst die Ruhrbesetzung heraufbeschworen; verschärft ist die Situation durch die verfehlte Politik der Cuno-Regierung und die von den Besitzenden gestützte Sabotage der Cuno-Steuern. Die Industrie verlangt Herabsetzung der Löhne! Schon heute zählen wir in Berlin 200000 Arbeitslose! Ihnen muß geholfen werden, vor allem durch Beschaffung ausreichender Beschäftigung. Darum haben wir in unserem Antrag das Einschreiten von Reich und Staat zur Schaffung von Notstandsarbeiten gefordert. Die notwendigen Rohmaterialien dafür, so verlangten wir weiter, müssen eventuell durch Beschlagnahme beschafft werden. Wir fordern ferner, daß die Karezzeil auf zwei Tage herabgesetzt, die Unterstühtungsbauer allgemein von 26 auf 20 Wochen erhöht werden soll. Die Kurzarbeiterunterstützung gibt Grund zu mannigfachen Beschwerden; in den meisten Fällen weigert sich der Unternehmer, die Unterstützung auszusprechen, weil er angeblich keinen Anlaß hat, der Stadt einen Vorstoß zu gewähren!

Anfälligen Schaden läßt man auf diese Weise den Kurzarbeitern und ihren Familien zu.

und der Bureaokratismus in der Stadterwaltung tut noch ein Lebriges, die Lage unerträglich zu gestalten. Auch die Metallarbeiter-Gewerkschaft hat alle Urlosche in dieser Richtung Beschlüsse zu fassen. Es muß möglich gemacht werden, die Unterstühtung in zwei Raten auszusprechen. — Die Notstandsmaßnahmen müssen schnellstens in Anmarsch genommen werden. Leider haben wir es bei den Arbeiterentstellungen auch mit einer gewissen Sabotage der Feuerherren Industrie zu tun.

Stadtrat Gen. Böß: Wir stehen dauernd mit Reich und Staat in Verhandlung, um Notstandsarbeiten zu schaffen, und wir lassen in unseren Bemühungen nicht nach. Natürlich sind diese Projekte auch für Reich und Staat schließlich Finanzfragen. In der Auszahlung an die Kurzarbeiter sind unerkelreits Maßnahmen getroffen, von denen leider die Unternehmer nicht genügend Gebrauch machen. Ob die Auszahlung in zwei Raten in der Woche möglich zu machen sein wird, unterliegt noch der Prüfung. Eine Herabsetzung der Karezzeit von 6 Tagen auf 3 Tage haben wir bereits erreicht. Die Grenze ist auch für uns durch die Finanzlage in Kommune, Staat und Reich gegeben.

Pauth (Dnat.): Die Lösung dieses Problems ist in letzter Linie Reichssache. Nur für einen Teil der Ausschlußanträge können wir stimmen. Auf dem Wege dieses Systems der Erwerbslosenfürsorge mit ihren hohen Unterstühtungssätzen wird die deutsche Wirtschaft ruiniert werden.

In dieser Stelle wurde die Abstimmung über die Vorlage wegen

Abfindung der entlassenen Arbeiter und Angestellten der Berliner Straßenbahn

eingeschoben. Der prinzipielle Gegenantrag der Kommunisten, das frühere Arbeitsverhältnis für fortwährend zu erklären, wurde auch von unseren Genossen unterstüht, fiel aber mit 103 gegen 84 Stimmen. Von den sozialdemokratischen Änderungsanträgen fand nur derjenige, der die Beihilfe für jeden Entlassenen von 40 auf 300 Millionen Mark erhöht wissen will, mit 93 gegen 87 Stimmen Annahme. Im übrigen stimmte fast durchweg eine knappe Mehrheit den Ausschlußbeschlüssen zu, nur in einem Punkte legte das Zentrum mit 97 gegen 96 Stimmen eine Berufung der Maximaldauer der Beschäftigung als Zeithilfe in anderen städtischen Betrieben

von 3 Monaten auf 14 Tage durch. — Die Vorlage im ganzen wurde in dieser Fassung mit großer Mehrheit angenommen.

Nach diesem Zwischenakt nahm die Aussprache über die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge ihren Fortgang. Gabel (Komm.) befürwortete die von seiner Fraktion gestellten Erweiterungsanträge, die vor allem den Betriebsräten ein weitgehendes Mitwirkungsrecht einräumen wollen.

Der nächste Redner, v. Cynern (D. Sp.), wurde vom Kommunisten Klotz mit dem Zuruf empfangen: „Leht kommt der Schieber!“, wofür Klotz einen Ordnungsruf erhielt. Herr v. Cynern bemühte sich wiederum um den Nachweis, daß die Sitzungen von Betrieben berechtigt seien, daß das System, die Löhne auf Kosten der Konsumenten festzusetzen, fehlerhaft sei, und vertieg sich schließlich zu der unerhörten Behauptung, daß also rich sowohl die Unternehmerrchaft, sondern die Arbeiter-rchaft und ihre Schupo die Schuld an der Verschärfung der Wirtschaftslage tröffe. Der Demokrat Hausberg trat für die Annahme der Ausschlußvorläge ein und trat dem Vorredner und dem Deutschnationalen mit bemerkenswerter Entschiedenheit entgegen.

In der Abstimmung kam, da die rechte Seite in der Besetzung Lücken aufwies, der sozialdemokratische Antrag in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung zur Annahme; die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt. Nach dem Ausschlußantrage sollen die Unterstühtungssätze auf der Grundlage des jeweiligen Höchstlohnes eines Reichsarbeiters angemessen festgelegt werden. Abgelehnt wurde nur der Antrag des Ausschusses, den Erwerbslosen die Hälfte des Fahrgeldes vom und zum Arbeitsnachweis zu erlassen.

Nach dieser Abstimmung erledigte die Versammlung noch eine Reihe kleinerer Vorlagen. Schluß nach 10 Uhr.

An die Berliner Bevölkerung!

Ein Aufruf des Oberbürgermeisters Böß.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung richtete Oberbürgermeister Böß an die Berliner Bevölkerung nachstehenden Aufruf, der mit seinen ersten eindringlichen und mannhaften Worten, aus denen aufrichtige Hingabe an das Volk, an die Berliner Bevölkerung im besonderen und an den Deutschen Volksstaat spricht, seine Wirkung gewiß nicht verfehlen wird:

Meine Damen und Herren! In einem Augenblick höchster Not des Vaterlandes und vielleicht höchster Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches bitte ich, einige Worte ruhiger Ueberlegung an die geehrte Versammlung und über ihren Kreis hinaus an die Berliner Bevölkerung zu richten:

Uns allen ist in warmer Erinnerung, wie vor mehr als drei Jahrzehnten der Ruf der Reichsregierung erging, durch Einsetzung aller unserer moralischen Kraft in dem Kampfe zusammenzustehen. In dem die Freiheit des deutschen Volkes, die Freiheit der Arbeit durch unsere weislichen Feinde bedroht wurde. Wie dieser Ruf damals uns zusammenloste und moralisch hob und stärkte und die Ueberzeugung in uns wachrief, daß die gute Sache zum Erfolg führen müßte. Wir haben mit denen an der Ruhr, mit denen am Rhein gelitten, wir haben mit ihnen Not und Tod getragen, der über uns verhängt wurde. Vergeblich haben wir immer und immer wieder gehofft, daß Hilfe auch von draußen kommen müßte, dem Rechte zum Sieg zu verhelfen.

Die Reichsregierung hat leider in diesen Tagen unter dem Druck der furchtbaren wirtschaftlichen Not, welche dieser Kampf im ganzen Reich hervorgerufen, Maßnahmen treffen müssen, die passioe Reflexion abzubauen. Es kann nicht Sache einzelner Personen oder Parteien sein, die Politik des Reiches zu bekämpfen, zu durckkreuzen, einen Kampf aller gegen alle im Volke zu erwecken und die Selbstverrichtung des deutschen Volkes, auf welche unsere Feinde warten, herbeizuführen. Es gilt, in diesen Tagen zusammenzustehen, hinter der Regierung zu stehen, die uns führen will in dem Kampfe, in dem Widerstande, der doch endlich den Wiederaufbau des deutschen Volkes ermöglichen soll, und es ist Pflicht der Bürger, der deutschen Reichshauptstadt zuerst, allen Anordnungen der Reichsregierung, der Justiz und der Militärverwaltung unweigerlich Folge zu leisten und zu verhindern, daß gerade in Berlin den Schwirrigkeiten, die der Reichsregierung sowieso be-reitet werden, neue Fährten verfallen wird.

Ich rechne darauf und bin überzeugt, daß die Bürgerschaft Berlins einsehen wird, daß nur so verfahren werden kann, und ich bitte und mahne die Berliner Bevölkerung hinter der Reichsregierung zu stehen, trenn zur Re-

Das Verbrechen der Elise Seitler.

3) Novelle von Hermann Kesser.

Wie kräftig sie noch immer ist, dachte Gertrud und sah der Alten zu, wie sie mit ihren bestimmten Bewegungen die Decken glattstrich und die Kissen schüttelte und dabei doch sorgsam und fein mit den Sachen umging, wie es nur alte Leute tun, für die an jedem Gegenstand ihrer Umgebung Erinnerungen haften.

Jetzt hörte Gertrud über dem Rauschen des Baches, wie Elise im Treppenhause mit der Bauernmagd kurrte, die dort auf den Anien die Stiege scheuern mußte. Dann tauchte das graue Schurzkleid der Alten in der großen Stube zu ebener Erde auf, und sie gewahrte, wie die Dienerin mit dem Staublappen über alle Möbel hufchte und vor dem Glaschrank auf einen Sessel stieg.

Eine Frage brannte mit einem Male in Gertrud, aber sie beschloß sie für sich, weil Elise gerade daran war, über dem Glaschrank über die großen Brustbilder der Eltern zu wischen, die dort in ihrer gemalten Felerlichkeit das Zimmer beherrschten, der Vater in seinem grünen Wlanenrock und in geschittelten, schwarzen Haaren, wie es die Kinder nie an ihm gesehen hatten, die Mutter im Spizentragen der alten Zeit, trotz ihrer Mädchenammut schon im Schatten leidender Züge, aber doch mit viel Güte um den feinen Mund und die dunklen Augen. Diesen Bildern, von denen Gertrud zu sagen pflegte, sie sehen sie nach dem Dunkel und der Sonne im Zimmer bald verdriehlich, bald frohmütig drein, nahm Elise immer mit Ehrfurcht und brachte es, wenn sie unter den starren Augen der Toten über das goldene Rahmenwerk rieb, nicht über sich, ein Wort vor sich hinzusprechen, und ließ lieber, wenn man sie anrief, die Arbeit. War aber Gertrud zur Stelle, da schaute sie wohl unter dem alten Bilde der Mutter nach dem jungen Gesicht der Tochter, und auf der Stirne der Dienerin richtete sich dann eine Spur von Zufriedenheit auf.

Der Rahmen war wieder blank. Wie einer Eingebung gehorchend, neigte sich Elise mit einem Male in den morgenhellen Tag hinaus, hielt die Hand vor die Augen und betrachtete wie erstaunt die Hülle von Licht und Klang.

„Elise!“, Gertrud hatte sich erhoben und eilte über den Kiesweg zu ihr, „Elise, ist nicht morgen dein Tag?“

Die alte Frau am Fenster, die auf den ersten Ruf hin ihr ernstes und strenges Aussehen verloren und sich froh nach dem heranspringenden Mädchen gewandt hatte, kam bei der Frage plötzlich aus ihrer beglücklichen Haltung und fiel in ihrer Freudigkeit sichtlich zusammen.

„Ja, der ist morgen . . .“, machte sie beinahe erschrocken, und verjammte sich so sehr, daß es eine Weile dauerte, bis sie wieder hergestellt war und ihren Dank sagen konnte, daß Gertrud des Tages, den sie einmal im Jahr nach altem Herkommen außerhalb des Hauses zubrachte, nicht vergessen habe. Sie und der Bruder, teilte ihr Gertrud mit, würden, worauf sie sich freute, das Mittagmahl in der Stadt nehmen und erst gegen Abend wieder in Verligensfeld sein, so daß Elise ohne Sorge mit ihrer Zeit schalten könne. Ob sie denn nicht froh sei, morgen ihre eigene Herrin zu sein?

„Freilich, freilich!“, versetzte die Alte, in einem bereitwilligen Ton, auf ihrem Gesicht aber lag es nun unbell und müd. Sie trat mit dem Worten: „Ich hab noch viel zu tun“ vom Fenster zurück, fuhr wenige Augenblicke später mit einer harten Rüge an die Magd im Hausgang und verschwand im Gemüsegarten, wo sie sich auf die schwarze Erde kniete, einen Salatstock mit den Händen saßte und bei dieser Beschäftigung förmlich erstarrte.

Schon dreimal war Gertrud von einem Ende des Gartens bis zum anderen gegangen, und so oft sie an die Ecke des Hauses kam, wo man über den niederen Bretterhaag und die blühenden Reben daran den Blick nach den Gemüsebeeten hatte, sah sie Elise wie an den Händen in der Erde festgehalten, regungslos vornübergebeugt und ohne ein Zeichen von Leben, wie es nur bei Menschen geschehen kann, die unter dem Arang einer Schicksals Erinnerung für jedwede Bewegung und Arbeit erlahmen und mit toten Gliedern nach innen schauen.

Wunderlich kann sie sein, meinte Gertrud für sich, und lenkte in einer dunklen Unlust nicht mehr an die Ecke des Hauses zurück. Es fiel ihr ein, daß sie die Alte niemals fröhlich gesehen hatte, erst recht nicht an jenen festenen Tagen, wo sie in einem almodischen schwarzen Seidenkleid und einem Kapottchen mit blauen Kornblumen feierlich und einsam ihres Weges ging, um, wie sie sagte, die Seelenmesse für ihre Eltern zu hören. Die Dienstmoten in der Stadt hatten erzählt, wie dann die Alte in einem Blumenladen den schönsten Kranz kaufte und immer mit demselben alten Kutcher, der seit Menschengedenken am Verligensfelder Tor stand, aufs Dorf hinaus-

fuhr. Ein Jahr kam, da sah Elise mit zwei, aber entsprechend kleineren Kränzen in ihrem Wagen. Das war, als der fränkische junge Mensch aus dem Leben geschieden war, den Gertrud als kleines Kind einmal durch die Türpalte in Elises Kammer erblickt hatte, wie er heiklungrig von einem vollen Teller ab. Der Kranke war, wie Elise einmal kurz und trüb berichtet, der Sohn eines in der Fremde verlassenen Bruders, hatte als ein von Geburt an mit Schwäche Geschlagener niemals zu einer rechten Arbeit gelangt, verdiente sein Brot mit Voicungängen und lag häufig hoch und trauß darnieder. Er kam wunderfelten in das Schrifche Haus; Elise führte ihn dann durch die Hintertreppe hinein und hielt ihn auch wie versteckt, so daß man nichts von ihm sah. In einer kleinen Gasse, darüber glaubte sich Gertrud nicht zu täuschen, war er ihnen einmal, entgegengekommen; Elise hatte bei seinem Anblick fester nach der Hand des Mädchens gegriffen, der heiklungrige Esser aber war ohne sie anzusehen über in die nächste offene Haustür geschlichen, worüber die Kleine ihr Erstaunen äußerte. Elise aber wollte nichts bemerkt haben und ging verdriehlich über den Vorfall weg.

Dies alles tauchte an diesem Morgen, wie wenn der Anblick Elises darnach gerufen hätte, vor Gertrud auf und ging wieder von ihr. Doch kam eines zum anderen, und so besann sich Gertrud auch noch darauf, wie an jenem Novembertag, da der Kesse beerdigt wurde, um Elise ein steifer und schwarzer Schleier hing, und wie dieser Anblick ihre Kinde neuauer so sehr ergriff, daß sie von nichts anderem rebete und alles Mögliche zu wissen beehrte, bis der Vater dazugekommen war und ernst bemerkte, daß es für den Menschen, der gestorben wäre, und auch für Elise ein Glück sei. Gertrud aber hatte dann nur im Stillen ihre Vermutung, warum das Sterben ein Glück bedeute, dahin und dorthin gelenkt und das Ereignis bald aus dem tänzelnden Sinn verloren. Mit den Kindern aber ging Elise seither niemals mehr auf den Verligensfelder Kirchhof. Es war auch die Zeit zu Ende, da sie an der Seite der Alten spazieren durften. Fremde Fräuleins, die sich der Vater zur Erziehung der Kinder vom Auslande holte, Fräuleins, die mit Elise kaum ein Wort wechselten, kamen und verschwanden wieder, nachdem sie mit den Geschwistern vor Hesten und Büchern gelesen waren. Gertrud verbrachte einige Jahre in einem von geistlichen Schwestern geleiteten Institut, und Elise erkundigte sich nur schüchtern bei den Kindern, was sie gelernt und gearbeitet hätten.

(Fortsetzung folgt.)

